

Ansprache Erstwähler!

Sehr geehrte/-r Herr/ Frau XY!

Wir besitzen etwas sehr PERSÖNLICHES von ihnen!
Ohne dass sie es bisher wussten.
Wir haben IHRE DATEN!

Und wir wissen noch viel mehr über Sie, als es ihnen wahrscheinlich Recht ist
– ganz legal!

In unserem Fall ist das jetzt kein Grund um nervös oder panisch zu werden, denn dieses Schreiben dient ihrer Information und als Denkpapier!

„Woher wir ihre Daten haben?“ mag an dieser Stelle eine berechtigte Frage sein.

Unsere Antwort lautet: Dort, wo auch die GEZ und andere Unternehmen ihre Daten her haben; bspw. vom Einwohnermeldeamt. Ihre Daten sind dort frei handelbar. Und zwar nicht nur dort. Man kann die Daten kaufen! Man kann ein Profil von ihrer Person kaufen. Man kann SIE quasi im digitalen Abbild erwerben. Mittlerweile bieten auch große deutsche Postunternehmen solche „Produkte“ an; sind „Sie“ als „Produkt“ erhältlich. Es handelt sich dabei um eine Verwertungswirtschaft, die ihre persönlichen Daten sammelt, aufbereitet, neue Datensätze hinzufügt und anschließend immer wieder und wieder weiterverkauft. So können sich interessierte Unternehmen, die ihre Daten bspw. zwecks Produktpromotion haben wollen, aus einem Datenkatalog wählen. Von ihren politischen Einstellungen, Charakter- und Persönlichkeitsmerkmalen, Hobbies über Autovorlieben oder sonstigen Kennzeichen – alles ist möglich.

Aber woher haben die Unternehmen gerade IHRE Daten her? U.a. werden diese Informationen auf ihrer Paybackkarte gespeichert, oder sie besitzen ein Profil bei einem sozialen Netzwerk. Sie schalten ihr Handy an und man kann sie überall orten. Sie bestellen über Internet bei einem der großen Portale Produkte, welche über einen Postzusteller versendet werden oder sie gehen einfach in den Supermarkt einkaufen und bezahlen anschließend mit ihrer Karte. Jeden Tag produzieren Sie Daten und Informationen über sich selber. Und jeden Tag schaut ihnen jemand mit Garantie über die Schulter. Unbemerkt. Ob sie es wollen oder nicht. Sie sind vollkommen hilflos.

Achten Sie einfach mal bei den Radio- und Fernsehnachrichten darauf, wenn es wieder heißt: „Schwere Datenskandale bei der Deutschen Bahn“, „Skandalöse Vorfälle der Mitarbeiterüberwachung bei LIDL“, „Unhaltbare Zustände der Mitarbeiterspionage bei der Deutschen Telekom“.

Deutschland im Jahr 2009 – Willkommen im Überwachungsstaat!:

Wenn Sie der Meinung sind, dass das nicht so schlimm ist, weil Sie sowieso nichts zu verbergen haben, dann haben Sie sicherlich nichts dagegen, wenn Sie uns ihre Kontoauszüge der letzten 3 Monate geben. Sie haben bestimmt auch nichts dagegen, wenn wir uns zu ihnen ins Bett legen und dies filmen würden oder wenn wir ihre Gespräche, die sie am Handy, Telefon, im Chat oder per email mit ihren Freunden, Familie, Verwandten und Arbeitskollegen im Vertrauen besprechen, von uns protokolliert und festgehalten werden, wir diese anschließend weitergeben sobald sie uns verdächtig vorkommen und wir die Daten 6 Monate lang speichern. Und wenn sie uns die Daten nicht freiwillig geben wollen, dann greifen wir einfach auf ihren Computer zu, laden uns Dokumente runter, verändern diese oder speichern dort ganz neue ab. Das ist heutzutage kein Problem. Falls sie das nicht gut finden, sich beschweren wollen oder einfach nur Kritik an dieser Vorgehensweise äußern möchten, dann können wir sie auch einfach vom Rest der Welt kommunikativ wegsperren. Oder wir schicken ihnen gleich ein Sondereinsatzkommando des BKA nach Hause, das ihre Wohnung mal gründlich inspiziert.

Übrigens: Ihre Einverständniserklärung brauchen wir dazu gar nicht, denn durch die vor kurzem beschlossenen zur Vorratsdatenspeicherung, der Telekommunikations-Überwachungsverordnung und dem Internetzugangsschwerungsgesetz hat dies unsere Regierung heute schon möglich gemacht, bzw. haben SIE, ihre Eltern, Großeltern und Freunde die Beschneidung und Aushöhlung unserer Grundgesetze heute schon möglich gemacht. Vllt unwissentlich, „weil Sie ja keine andere Wahl hatten“ – aber sie haben es gemacht, indem sie ein Kreuz bei der letzten Wahl auf einen Stimmzettel gesetzt haben.

60 Jahre Grundgesetz? Eine politische Farce im orwellischen Parteienstaat!

Wenn sie meinen, dass das alles war, dann muss ich sie leider enttäuschen: Ein neuer Personalausweis mit ihren Fingerabdrücken oder so genannte Kfz-Nummernschild- und Nacktscanner an Autobahnen und Flughäfen sind heute schon Realität – vllt. auch bald an ihrem Bahnhof. Zu diesem Kontrollwahn gehört ebenso eine lebenslange und über den Tod hinausgehende Steueridentifikationsnummer und eine Gesundheitskarte mit all ihren Krankheiten und Verletzungen – all dies sind Errungenschaften, welche die etablierten Politiker für sie bereit halten.

Doch wie soll der Bürger der Regierung vertrauen und für sie wählbar sein, wenn die Regierung anscheinend nicht den Bürgern vertraut? Zensur, Internetsperren und Überwachungsstaat – das sind nicht nur Wörter die man mit totalitären Regimen wie China, Nordkorea und den Iran in Verbindung setzt, sondern das sind Begriffe, die in den letzten Jahren besonders in Deutschland massiv unseren Alltag und unsere Bürgerrechte beschnitten haben – und es geht unvermindert weiter.

Wie frei sind sie eigentlich, wenn Unternehmen und die Exekutive alles über sie wissen, wenn diese ein digitales Abbild ihrer Person „kaufen“ und „verkaufen“, „kontrollieren“ können, bzw. wie weit kann man sie manipulieren und steuern, sie gefällig und hörig machen? Warum betont die OECD, dass sie zu den Bundestagswahlen im September Wahlbeobachter nach Deutschland schicken wird, wie es normalerweise nur in einem 3. Welt Staat oder in Diktaturen der Fall ist? Wie weit helfen diese Gesetze der Exekutive ihre politische Macht auszubauen? Warum musste das Bundesverfassungsgericht in den letzten Jahren und besonders in diesen Tagen vermehrt die Regierung zurechtweisen und Verfassungswidrige Gesetze abmildern? Was geschieht da mit unserem Grundgesetz? Und warum schweigt die Kanzlerin zu all den Vorfällen, hat sogar diesen verfassungsfeindlichen Gesetzen ihren Segen gegeben?

Von Politikern erwarten die meisten Menschen heutzutage leider gar nichts mehr. Anders wie zu vergangenen Zeiten. Und das zu Recht! Denn diese haben nur gelernt die Symptome anstatt die Ursachen unserer gesellschaftlichen Probleme zu bekämpfen. Beste Beispiele sind die Spielverbote (Paintball, Computer etc.), Rauchverbote, Alkoholverbote auf öffentlichen Plätzen, die Diskussion um Geschwindigkeitslimits auf Autobahnen, nachweislich unnütze Umweltzonen in den Städten etc. pp. Dinge, die unsere persönliche Freiheit und Lebensweise extremst einschränken. Die Liste ließe sich unendlich weit fortführen.

Dass viele Bürgerrechtler, Wissenschaftler und vor allem ein enorm großer Teil der jungen Menschen, die sich in weiten Teilen von den etablierten Parteien nicht mehr vertreten sehen, Politik verdrossen sind und verstärkt auf die Barrikaden gehen, lässt erschreckende und historische Momente aus der (deutsch-)deutschen Vergangenheit wach werden. Zeigen Sie den etablierten Parteien die rote Karte und sagen sie „Nein! So nicht mit uns!“. Das fürchten Sie am meisten!

Lassen sie es nicht so weit kommen! Denken sie nach! Und setzen sie am 27.09 einen „Änderhaken“!

Wie sagte einmal eine Menschenrechtsorganisation zu den Grundgesetzen passend:
„Sie schützen mich – ich schütze sie!“ Sie sind das wichtigste für eine freie Demokratie!

Mit den besten Grüßen,

Ihre Piratenpartei NRW –Crew Bergisches Land

Falls Sie weitere Informationen zu den Themen „Bürgerrechte, informationelle Selbstbestimmung, Datenschutz, Staatstransparenz vs. Bürgerüberwachung, Internet- und Kommunikationszensur, freie Bildungs- Wissens- und Informationszugänge in Deutschland etc“ erhalten wollen, schauen sie einfach auf unsere homepage www.piratenpartei.de oder bei studiVZ/ meinVZ _Wahlzentrale vorbei. Geben Sie diese Informationen an ihre Freunde und der Familie weiter, gehen sie auf jeden Fall zur Bundestagswahl am 27. September 2009 und stimmen sie FÜR ihre Bürger- und Grundrechte! Das IST nie eine verschenkte Stimme – das darf NIE eine verschenkte Stimme sein!

PS.: Wir waren so frei ihnen ein vorformuliertes Widerspruchsschreiben mit Adressat an das Einwohnermeldeamt gegen den missbräuchlichen Handel mit ihren Daten aufzusetzen und einen Flyer zu unserem Parteiprogramm beizulegen.